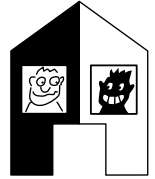


GZ
Die Gute Zeitung
23^b. AUSGABE
des Boulevardblatts für den guten Zweck

Österreich gehört zu jenen Ländern Europas, die trotz der **katastrophalen** Sicherheitslage negative Asylbescheide für **Asylsuchende** aus **Afghanistan** erlassen und Abschiebungen durchführen.



Afghanistan ist nicht sicher



Initiator*innen der Kampagne #SicherSein fordern die Regierung auf, sich an die eigenen Verpflichtungen zu halten und Menschen nicht in ein Land abzuschicken, in dem deren Leben in akuter Gefahr ist.

„IBA DIE GAUNZ OAMEN LEIT“

Es ist leider „hoffähig“ geworden, auf die Ärmsten hinzuhauen, auf jene, die sich nicht wehren können, auf jene, die auf die Schattenseite des Lebens gefallen sind: Arme, Obdachlose, Flüchtlinge. Denen, die schon fast alles verloren haben, will man noch das Letzte nehmen. Den Mindestsicherungsbezieher*innen soll das ohnehin schon Wenige gekürzt werden, Flüchtlingen – je nach Bundesland – die Grundversorgung. Gut integrierte Asylsuchende werden in Länder abgeschoben, in denen Terroranschläge und blutige Überfälle an der Tagesordnung sind.

In Niederösterreich wurde damit begonnen, Flüchtlinge mit negativem Asylbescheid „an einem Ort zu konzentrieren“, wie es Innenminister Herbert Kickl gefordert hatte. Begründet wurde dies damit, dass derart Abschiebungen erleichtert würden. Dabei sind unter diesen nun in Massenquartieren zusammengepferchten Menschen viele, die gar nicht abgeschoben werden können, weil es

MEINUNG

mit ihren Heimatländern kein Rücknahmeabkommen gibt. Viele waren in den Gemeinden, in denen sie hier lebten, gut integriert. Die Kinder gingen in die Schule, aus der sie jetzt herausgerissen wurden. Offensichtlich ging es nicht darum, eine Abschiebung sicher zu stellen, sondern die Lebensumstände dieser Menschen so zu verschlechtern, dass sie auch aus Österreich flüchten, einem Land, das wegen der florierenden Konjunktur und darob sprudelnder Steuereinnahmen einen Budgetüberschuss verzeichnen wird. Das Hinhalten auf Arme soll wohl davon ablenken, dass Reiche noch reicher gemacht werden.

Unmenschlichkeit darf nicht zur Visitenkarte Österreichs werden, das haben wir nicht notwendig. Bitte halten Sie dagegen! Jeder ausgefüllte und zur Bank gebrachte Zahlschein ist ein Zeichen dafür, dass Österreich ein Land der Menschlichkeit bleiben soll. Bitte machen Sie Ihr Börsel weit auf. Damit wir stolz sein können auf Österreich. Und auf Sie.

Ihr Dr. Sepp Stranig

Danke an Christine Nöstlinger für die Entlehnung der Überschrift aus ihrem gleichnamigen Gedichtband.



WILLI RESETARITS
ist Gesangskünstler
und Mitbegründer
des Integrations-
hauses

LIEBE LESERINNEN & LESER! LIEBE KINDER!

Bald kommen wieder die Sommerferien, die Reiseplanungen beginnen schon bei vielen. Man überlegt, wohin die Reise gehen soll, je nach Geschmack werden spannende, erholsame, billige, nahe oder ferne Reise destinationen gesucht. Und, dabei schon einmal an Afghanistan gedacht?

Nach Meinung des österreichischen Außenministeriums sollten Sie davon tunlichst Abstand nehmen, es gilt eine Reisewarnung (Sicherheitsstufe 6) für das ganze Land: „Im ganzen Land besteht das Risiko von gewalttätigen Auseinandersetzungen, Raketeneinschlägen, Minen, Terroranschlägen und kriminellen Übergriffen einschließlich Entführungen, Vergewaltigungen und bewaffneter Raubüberfälle.“

Nach Meinung des Innenministeriums ist das Land aber sicher. Zumindest sicher genug, um Menschen, die von dort geflüchtet sind, wieder dorthin zurück zu schieben. Obwohl zahlreiche Expert*innen, NGOs und sogar das eigene Außenministerium davor warnen. Für mich unverständlich! Und für Sie?

Auch im Integrationshaus leben Menschen aus Afghanistan. Sie lernen die Sprache, machen verschiedene Ausbildungen, versuchen, hier wieder Normalität zu finden. Das ist nicht leicht, haben viele doch das ganze Leben hindurch nur (Bürger-) Kriege erlebt. Mit Hilfe unserer Betreuer*innen schaffen sie es trotzdem, hier wieder Fuß zu fassen und ein einigermaßen „normales“ Leben zu führen. Aber dennoch in der ständigen Angst, abgeschoben zu werden, zurück ins Grauen.

Die psychologische Betreuung von traumatisierten Flüchtlingen ist ein wichtiger Teil der Arbeit des Integrationshauses. Bitte helfen Sie uns dabei, den Menschen auf der Flucht zu helfen! Beiliegender Zahlschein, ausgefüllt und zur Bank gebracht, unterstützt uns dabei!

Vielen Dank & Grüsse,
Ihr/euer **Willi Resetarits**

P.S.: Bitte unterstützen Sie unsere gemeinsame Kampagne **#SicherSein - Engagiert gegen Abschiebungen nach Afghanistan**. Informationen unter www.sichersein.at

EIN MENSCH WIE JEDER ANDERE

„DASS AN EINEM ORT KRIEG HERRSCHT und man sich vor Terror fürchten muss, scheint zunächst irrelevant für uns zu sein. Doch zündet man ein Blatt in einer Ecke an, wird sich das Feuer auch bis zur anderen ausbreiten.“

VON FATEMEH HUSSEINI



FOTO: NIKI HEINELT

Ich bin Fatemeh Hussein, ein 18-jähriger Mensch. Ich komme aus Afghanistan, dem Iran, der Türkei, Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich. Wir lebten im Iran. Aus Afghanistan stammend war uns der Schulbesuch untersagt. Ich habe die Schule trotzdem 9 Jahre lang illegal besucht. Meine Eltern hatten keine Arbeitserlaubnis.

2015 wurden wir nach Afghanistan abgeschoben. Wir konnten nur an den Ort gehen, in dem mein Vater aufgewachsen war, der in der Zwischenzeit jedoch zu einem äußerst unsicheren Ort geworden war. Die umliegenden Dörfer wurden erobert und auch wir waren ständig in Gefahr. Die unfairste Aussage, die ich in dieser Zeit zu unserer Situation gehört habe, war, dass es in Afghanistan sicher sei.

Als wir gezwungen wurden, nach Europa zu fliehen, ahnten wir nicht, wie dramatisch diese Flucht verlaufen würde. An der Grenze zur Türkei kam es zu einer Schießerei, die unsere Familie zerriss. Wir wurden von unseren Eltern getrennt. Hin- und hergerissen zwischen der Furcht und der Pflicht, meine Schwestern zu schützen, haben wir die Flucht fortgesetzt. Wie Täter, die sich vor der Polizei verstecken müssen; wie Obdachlose, die zu Fuß halb Europa durchquerten, verzweifelt auf der Suche

nach einem Zuhause; wie Waisenkinder.

Im September 2015 erreichten meine Schwestern, Großeltern und ich Österreich. Nach Wochen des Wartens ohne Nachricht von den Eltern fand sich die ganze Familie im Integrationshaus vereint. Ich hoffte, nun wie ein Mensch wie jeder andere leben zu können. Dann erfuhr ich, dass ich zu alt war, um in die

Schule gehen zu dürfen. Erschüttert von den Hürden, die mir in den Weg gelegt wurden, fand ich mich in einem Zustand der Hoffnungslosigkeit wieder. Erst im 2. Jahr in Österreich war ein Schulbesuch für mich möglich.

Alles ging gut, bis ich einen Interviewtermin beim Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl bekommen habe. Ich habe mich auf den Termin gefreut, weil ich geglaubt habe, dass das Warten nun endlich vorbei sei und wir frei leben könnten. Beim Erhalt des negativen Bescheids war ich über die Gründe, nämlich die scheinbar genügende Sicherheit in Afghanistan und das ungenügende westliche Aussehen, entsetzt. Und das Warten geht weiter.

Ich gehe auf ein Gymnasium. Für den Redewettbewerb „SAG'S MULTI!“ erhielt ich die Themen „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“. Ich habe über meine fehlenden Rechte gesprochen. Wie ich meine Rede als eine der Gewinnerinnen im Rathaus hielt, freute ich mich nicht richtig, denn die Frage ist noch immer: wenn meine Rede so überzeugend war, warum muss ich immer noch so viel Angst haben?

Trotz meiner Probleme und Ängste habe ich Träume. Ich möchte Ärztin werden und versuchen, den Menschen Hoffnung zu geben anstatt sie ihnen wegzunehmen.

WO BLEIBT DER FLÜCHTLINGSSCHUTZ, WENN ABSCHIEBEFLUGZEUGE NACH AFGHANISTAN STARTEN?

ENTGEGEN ALLER FAKTEN wird weiter in ein unsicheres Land abgeschoben.

Im vergangenen Sommer sprach die UNO von den höchsten zivilen Verlusten seit 2001, als die internationalen Truppen die Taliban vorübergehend vertrieben hatten. Zwischen Jänner und September stieg die Zahl der getöteten Zivilist*innen von 2.616 (2016) auf allein **2.640** im laufenden Jahr.

UNSICHERES AFGHANISTAN

Als Folge von Krieg und Terror gibt es in Afghanistan ca. zwei Millionen intern Vertriebene, davon allein 350.000 im laufenden Jahr, die sich in den wenigen Großstädten drängen. Dazu kommen seit 2015 jährlich zigtausende Menschen, die aus dem Iran und Pakistan zurückgeschickt werden. Allein 2017 kamen mehr als 500.000 aus dem Iran und Pakistan in ihre „Heimat“ zurück.

Kabul ist von 700.000 Einwohner*innen in den 1990er Jahren auf ca. fünf Millionen förmlich explodiert. Gewalt und Terror bestimmen das Leben in der Stadt. Auch in den zuvor als eher sicher geltenden Großstädten im Norden und Westen kam es vermehrt zu Anschlägen. Seit 2014 ist das Land wirtschaftlich am Boden. Die medizinische Versorgung ist ein großes Problem. Selbst Hilfe in Notfällen ist mit den 15 verfügbaren Krankenwagen in der Millionenstadt Kabul nicht gewährleistet.



FREMDE GELTEN ALS GEFAHR

Rückkehrer*innen drohen die unterschiedlichsten Gefahren bis hin zur Schuldensklaverei, wenn sie jene Gelder, die sie bei ihrer Flucht geborgt hatten, nicht zurückzahlen können. Zudem gilt man bei den Taliban als verdächtig, wenn man einmal in einem Land der „Ungläubigen“ gelebt hat. So wird auch von Hinrichtungen aus einschlägigen Gründen bei der Rückkehr ins eigene Dorf berichtet. Um ihre eigene Familie nicht zu gefährden, gibt es für Rückkehrer oft nur die Möglichkeit, sich den Taliban anzuschließen oder erneut zu fliehen.

FLUCHT NACH EUROPA ALS EINZIGER AUSWEG

In den letzten Jahren erreichten mehr als 49.000 Menschen aus Afghanistan Österreich und suchten hier um internationalen Schutz an. Österreich war für viele nicht das eigentliche Fluchtziel, sondern schlicht und einfach das erste Land, in dem sie menschlich aufgenommen, nicht von Polizisten geschlagen oder schon nach wenigen Wochen wieder vertrieben wurden.

Dass sie keineswegs im Paradies angekommen sind, mussten viele im Sommer 2015 auch in Österreich erfahren, als viele Flüchtlinge im Erstaufnahmезentrum Traiskirchen in Zelten, Bussen oder am nackten Boden schlafen mussten. In der Folge wurden (vor allem allein

reisende junge) Männer in Massenquartiere gepfercht und nicht ihrem jugendlichen Alter entsprechend betreut. In dieser Situation halfen in unannahmlicher Solidarität tausende Österreicher*innen, die ärgsten Versäumnisse der Behörden zu lindern. Sie gingen auf die Flüchtlinge zu, organisierten Deutschkurse, unternahmen gemeinsame Ausflüge, organisierten Workshops oder Kochabende. Was aber am meisten zählt: Sie boten menschliche Nähe, ein offenes Ohr für Ängste und Sorgen. Viele dieser Beziehungen bestehen bis heute, junge afghanische Flüchtlinge wurden Teil von österreichischen Familien.

SEITE AN SEITE

Jetzt, nach über zwei Jahren des Wartens auf den Ausgang ihres Asylverfahrens, droht vielen dieser Beziehungen ein jähes Ende. Afghanische Flüchtlinge und ihre österreichischen Freund*innen und Unterstützer*innen werden mit einer geänderten Rechtsprechung und überwiegend negativen Asylbescheiden konfrontiert. Es scheint dabei unerheblich, dass sie sich in dieser Zeit die deutsche Sprache angeeignet, Lehrstellen gefunden oder andere Ausbildungen begonnen haben. Angst und Panik vor einer Abschiebung erfassen nicht nur Flüchtlinge, sondern auch ihre Unterstützer*innen.

#SICHER SEIN Engagiert gegen Abschiebungen nach Afghanistan

WAS WIR DAGEGEN TUN:

Mit der Kampagne **#SicherSein – Engagiert gegen Abschiebungen nach Afghanistan** fordern wir die Regierung auf, sich an die eigenen Verpflichtungen zu halten und niemanden an ein Land auszuliefern, wo ihm der Tod droht.

WERDEN AUCH SIE AKTIV! Informationen dazu: www.sichersein.at, **#SicherSein**

#SicherSein ist eine Kampagne von: **Volkshilfe, Diakonie, asylkoordination österreich, Integrationshaus, SOS Mitmensch, Alpine Peace Crossing** und **Don Bosco Flüchtlingswerk**. Unterstützt wird die Kampagne von **Amnesty International Österreich, SOS Kinderdorf, Rotes Kreuz, Arbeiter Samariterbund**.

MIT MUT UND ZIVILCOURAGE FÜR DEN FLÜCHTLINGSSCHUTZ

IHRE SPENDE ist gerade jetzt ganz **besonders wichtig**, da die **aktuelle Regierung bei den Integrationsprogrammen massiv einspart**, **höchst bedenkliche Gesetzesverschärfungen plant** und **Menschen in Länder wie Afghanistan abschiebt**, wo sie **tödlichen Gefahren** ausgesetzt sind.

Engagiert gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Bitte unterstützen Sie die Kampagne #SICHER SEIN und setzen Sie sich gemeinsam mit Asyl- und Menschenrechtsorganisationen ein, damit Österreich keine Abschiebungen mehr nach Afghanistan durchführt! Deutschland z.B. hat Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt. Die Fehlerquote bei Asylentscheidungen in erster Instanz ist extrem hoch. Österreich gehört zu jenen Ländern Europas, die Fluchtgründe aus Afghanistan sehr oft ignorieren und zu einem höheren Prozentsatz negative Asylbescheide erlassen. Tagtäglich sind wir in unseren Beratungsstellen, im Rahmen unserer betreuten Wohnprojekte und in unseren Bildungsprojekten mit von Abschiebung nach Afghanistan bedrohten Menschen konfrontiert, die in großer Angst leben. Sie brauchen unsere Unterstützung jetzt! Danke an die vielen Freiwilligen, die sich engagiert mit Mut und Zivilcourage einsetzen, um Menschen zu unterstützen, hier Fuß zu fassen und ihre Stimme gegen Abschiebungen nach Afghanistan erheben!

Neuer Gesetzesentwurf ist eine weitere Bedrohung für den Flüchtlingsschutz. Nicht nur Abschiebungen nach Afghanistan scheinen uns sehr fragwürdig. Der von der Regierung aktuell vorgelegte Gesetzesvorschlag für eine weitere geplante Fremdenrechtsänderung enthält zahlreiche menschenrechtlich höchst bedenkliche Bestimmungen. Leider scheint eine Problemverschärfung derzeit die



ANDREA ERASLAN-WENINGER ist Geschäftsführerin des Integrationshauses

Maxime der Regierungspolitik zu sein. Als besonders problematisch wird von Seiten des Integrationshauses die geplante Bargeldabnahme, das Auslesen von Handydaten sowie die weitere Verschärfung bei der Erlangung der Staatsbürgerschaft gesehen. Dieser Gesetzesentwurf sieht tatsächlich vor, dass geflüchteten Menschen, die nach Österreich kommen und mehr als 120 Euro besitzen, gleich einmal bis zu 840 Euro abgenommen werden. Geflüchtete Menschen sind eine besonders vulnerable Gruppe. Die meisten haben alles, was sie besitzen, im Krieg verloren oder an Schlepper bezahlt. Die Grundversorgung wird ohnehin nur an hilfsbedürftige Menschen ausbezahlt. Solche Maßnahmen dienen nur dazu, Flüchtlinge weiter zu diffamieren und die Gesellschaft zu spalten. Und obwohl Österreich bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft bereits das restriktivste Land in Europa ist, ist für geflüchtete Menschen eine weitere Verschärfung bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft vorgesehen. Die Wartefrist soll hier zusätzlich zu den bereits bestehenden restriktiven Regelungen von sechs auf zehn Jahre angehoben werden.

Bitte und Danke! Herzlichen Dank, dass Sie aufgrund der letzten Ausgabe € 32.016 gespendet haben. Das Integrationshaus setzt sich Tag für Tag für eine menschliche Flüchtlingspolitik ein und unterstützt pro Jahr mehr als 7 000 Menschen mit konkreter Hilfe. Bitte helfen Sie uns wieder! **Geben Sie Flüchtlingen eine Zukunft!** Halten wir gemeinsam dagegen.

Helfen Sie helfen!

- 1** **DIESER ZEITUNG LIEGT EINE ZAHLUNGSANWEISUNG BEI.**
Mit dieser Zahlungsanweisung können Sie helfen. Dem Integrationshaus und den Menschen, die dort ein Zuhause gefunden haben.
- 2** **NEHMEN SIE DIESE ZAHLUNGSANWEISUNG.**
Bringen Sie sie zu Ihrer Bank.
Achtung: Am Schalter auf SPENDE hinweisen.
- 3** **SPENDEN SIE! BAR ODER PER ÜBERWEISUNG.**
Bank Austria, IBAN: AT20 1200 0006 7113 0300
BAWAG P.S.K., IBAN: AT05 6000 0000 9191 6000
Erste Bank IBAN: AT51 2011 1837 4381 5801
- 4** **ACHTUNG! ES GELTEN NEUE REGELN FÜR DIE SPENDENABSETZBARKEIT:** Wenn Sie möchten, dass Ihre Spenden an das Integrationshaus steuerlich abgesetzt werden, bitten wir Sie, uns einmalig Ihr Geburtsdatum bekannt zu geben. Kontakt: Simone Gebhart, s.gebhart@integrationshaus.at, 01 212 35 20 - 12



Bitte geben Sie Flüchtlingen eine Zukunft!